

Auer Tageblatt

und Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Illustriertes Sonntagsblatt.

Verantwortlicher Redakteur:
Fritz Arnoldt.
Für die Inserate verantwortlich:
Alfred Schäfer,
beide in Aue.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags von 1-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Aue. — Fernsprecher 262.
Für unverlangt eingehende Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Druck und Verlag:
Gebrüder Ventchneer
(Inb.: Paul Ventchneer)
in Aue.

Preis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 30 Pfg. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 20 Pfg. und wöchentlich 10 Pfg. — Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 1.50 Mk. — Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 1.92 Mk. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Deutscher Postzeitungs-Katalog — Erscheint täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

Annahme von Anzeigen bis spätestens 9 1/2 Uhr vormittags. Für Aufnahme von größeren Anzeigen an bestimmten Stellen kann nur dann gebürgt werden, wenn sie am Tage vorher bei uns eingegeben.
Inserationspreis: Die halbspaltige Kopfszeile oder deren Raum 10 Pfg., Restzeilen 25 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Diese Nummer umfasst 6 Seiten

Das Wichtigste vom Tage.

Der Kaiser wohnte gestern der Hochzeitsfeier im Hause Krupp bei und begab sich alsdann nach Bonn zur Enthüllung des Denkmals für Kaiser Wilhelm I.*

Der Landeskulturrat des Königreichs Sachsen trat gestern in Dresden zu einer zweitägigen Sitzung zusammen.*

Nach einem Schreiben, das ein Braunschweiger Welfe aus Hannover erhielt, will der Herzog von Cumberland eine Kundgebung an das Braunschweigische Volk erlassen.

Das Ehepaar Krupp-Wohlen hat für den Zwölfmonat der Krupp'schen Arbeiter eine Million Mark gestiftet, Frau verwitwete Krupp ebenfalls eine Million Mark zur Wohnungsfürsorge und 50 Hektar Land hinzu.

Prinz Alexander Hohenzollern hat sich einem Interviewer gegenüber über seine jetzigen Verhältnisse zum Kaiser ausgesprochen.*

Die Hamburger Binnenrichter haben beschlossen, heute in den Ruhestand einzutreten.*

Die Bergarbeiterbewegung greift immer mehr um sich.*

* Näheres siehe unten.

Hinter den Coulissen der hohen Politik.

In der erregten Diskussion, die die Veröffentlichung des Tagebuches des Fürsten Ludwig Hohenzollern hervorgerufen hat, verhält sich eine Person merkwürdigerweise ganz still, und zwar gerade diejenige, die für den Zeitpunkt der Veröffentlichung die Hauptverantwortung trägt: Prinz Alexander von Hohenzollern. Alle Welt erwartet mit Spannung eine Erklärung, warum die Veröffentlichung gerade jetzt erfolgt ist — und der Prinz hüllt sich in geheimnisvolles Schweigen. Die von einigen Blättern gedehnte Annahme, daß Prinz Alexander die Tragweite der Veröffentlichung dieses unehelichen Quellenwertes nicht zu übersehen vermocht hat, ist natürlich eine bössartige Unterstellung und, da sie ausschließlich in Parteiorganen der Rechten zu finden ist, wie man annehmen muß, eine beabsichtigte Beleidigung. Sicherlich hat der verstorbene Fürst Hohenzollern vor seinem Tode mit seinem Lieblingssohne eine Verabredung über den Zeitpunkt der Veröffentlichung seines Memoirenwertes getroffen; man darf daher also wohl annehmen, daß die jetzige Publikation den Intentionen von Vater und Sohn entspricht hat. Ueber das Motiv ist man selbstverständlich nur auf Vermu-

tungen angewiesen; man wird aber gut tun, die Entrüstung der agrarischen und konservativen Presseorgane etwas näher auf ihren tatsächlichen Gehalt zu prüfen. Man wird dann bald finden, daß es weniger patriotische und nationale Aufwallungen sind als der Ueberschlag darüber, daß in den Aufzeichnungen des Fürsten Hohenzollern so manche konservative Intrigen aufgedeckt werden. Wahrscheinlich wird in der agrar-konservativen Presse jetzt eine neue Fehde gegen den Prinzen Alexander inszeniert werden, der den Konservativen ja schon während der kurzen Zeit, in der er dem Reichstage als Mitglied der Rechten angehörte, häufig genug unbequem geworden ist. Es sollte uns nicht wundern, wenn gerade von dieser Seite nunmehr das schwerste Geschütz der Arnim-Paragrafen, gegen den Prinzen Hohenzollern aufgeführt werden sollte. In einem Blatt dieser Richtung kann man denn auch schon die versteckte Denunziation lesen: „Man könnte, wenn man wollte, Verrat von Staatsgeheimnissen herauslesen.“ Die leitenden Stellen werden aber diesen sehr durchsichtigen Machinationen gegenüber hoffentlich tüche Ruhe bewahren. Die Herren täten auch klüger, alle scharfmacherischen Denunziationen gegen den Prinzen Hohenzollern zu unterlassen und sich mit der Tatsache der Publikation wohl oder übel abzufinden.

Wie man auch von anders gerichtetem politischen Standpunkte aus über die Veröffentlichung der Erinnerungen des dritten Reichskanzler denken mag — zweifellos werden diese politischen Aufzeichnungen eines Mannes, der Jahrzehnte hindurch in intimster Fühlung mit den leitenden politischen Kreisen gestanden hat — als bayerischer Ministerpräsident, als Reichstagsabgeordneter, als Botschafter in Paris, als Statthalter in den Reichslanden und zuletzt als Reichskanzler — für den späteren Geschichtsschreiber eine der wichtigsten politischen Informationsquellen für die innere und äußere Politik des Deutschen Reiches bilden.

Für das Volk aber sind Veröffentlichungen dieser Art un-gemein lehrreich. In welchem Gewirr von Neid, Eifersucht, Mißgunst, Ränkeplannereien, Klatschereien und kleinen und großen Boshaftigkeiten blüht der gute Deutsche, wenn er die Memoiren Hohenzollerns „genießt!“ Wie einer den anderen beargwöhnt, einer den anderen hinter seinem Rücken abtut; wie einer den anderen zurückdrängen sucht, um seinerseits vorwärts zu kommen; wie nur wenige an das Allgemeinwohl, die meisten an sich selbst und ihren Vorteil denken; für wie beschränkt und untauglich einer den anderen hält, wenn dieser andere in dem allgemeinen Wettrennen um Einfluß und Macht bedrohlich „auf-taucht!“; wie man ängstlich nach Gunst schießt, — das alles enthalten uns die Aufzeichnungen Hohenzollerns mit erstaunlicher Rück-sichtslosigkeit. Sie zeigen, wie da mitunter über die Gesichts- und Willenslinien der Millionen Menschen entschieden wird. Was für Kleinlich-keiten und Richtigkeiten sind oft ausschlaggebend für die allerwichtigsten Entschlüsse! Was für kleinliche Intrigen spielen sich fort-gesetzt ab, mit Hilfe deren jeder seinen Topf an das Feuer zu rücken sucht.

Es ist sehr heilsam, daß von Zeit zu Zeit der Schleier gelüftet wird, der diese anmutigen Geheimnisse für gewöhnlich sorglich verdeckt. Man muß nicht vergessen, daß die Verwaltungskosten für das Spiel hinter dem Vorhange vom Volke getragen werden. Wir haben also geradezu einynatürliches Anrecht darauf, gelegentlich von eingeweihtester Seite zu erfahren, wie es in den Regierungskabinetts aussieht, in denen unsere Geschicke gedreht werden.

Ein sächsisches Staatsjubiläum.

Das Leben und Bestehen der Staaten pflegen wir nicht, wie dies bei den Einzelindividuen gebräuchlich ist, nach Jahren und Jahrzehnten zu bemessen. Für sie bilden Jahrhunderte den Maßstab. Man feiert den fünfsten, zehnten und fünfzehnten Geburtstag eines Menschen, bei einem Staate finden wir uns in der Regel erst nach Ablauf eines Vierteljahrhunderts veranlaßt, seine Existenz in Rechnung zu bringen. Aus diesem Grunde sind Staatsjubiläen in hervorragender Weise geeignet, unser be-sonderes Interesse zu erwecken.

Am 11. Dezember 1806 wurde in Polen, wohin Napoleon I. wegen des Vordringens der Russen sich begeben hatte, von dem Marschall Duroc, Herzog von Friaul, und dem Grafen von Bose der zwischen Sachsen und Frankreich abgeschlossene Friede unterzeichnet. Für das damalige Kurachsen waren die Folgen davon von höchster Bedeutung. Nicht allein, daß der Kurfürst nunmehr dem Rheinbunde beigetreten sich entschloß, er nahm gleichzeitig den Titel eines „Königs von Sachsen“ an, machte sich ferner verbindlich, allem, jenem Bunde nicht angehörenden Truppen den Durchzug durch sein Land zu verweigern, die Religionsübungen der Katholiken in ganz Sachsen denjenigen der Lutheraner gleichzustellen, demzufolge auch beiden Konfessionen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte zu verleihen, sowie endlich für den Fall eines Krieges ein Kontingent von 20 000 Mann aller Waffengattungen, für den damaligen Feldzug aber in Rücksicht auf die stattgehabten Ereignisse nur 4000 Mann Fußvolk, 1500 Mann Reiterei, 300 Mann Artillerie und 12 Geschütze zu stellen. Schon diese beiden letzten Angaben bezeugen es, daß Sachsen in jenen Tagen in einer recht bedrücken-

den Lage sich befand. Und in der Tat waren gar schwere Zeiten für die Bevölkerung des Landes hereingebrochen. Der Feind, die Franzosen, waren bereits bis ins Herz des Landes eingedrungen. Es schien demnach dem neuernannten Könige, wollte er sein Land nicht den verderblichsten Feindseligkeiten preisgeben, kaum etwas anderes übrig zu bleiben, als die dargebotene Hand des Siegers anzunehmen. Lauter Jubel trat an die Stelle der angstvollen Aufregung, die des Volkes sich bemächtigt hatte, als sich die Nachricht verbreitete, der König, damals noch Kurfürst, werde nicht abtreten.

Aber so ungerne und zögernd sich dieser sich anfänglich den preussischen Unternehmungen anschloß, so schwer schien es ihm jetzt zu werden, den Verbündeten im Anglück zu verlassen. Erst als nun der Major von Tielena mit der Erklärung Napoleons erschienen war, daß, wenn die sächsischen Truppen nicht augenblicklich von den preussischen abgerufen würden, das Land feindselig behandelt werden würde, erfolgte der Befehl zum Rückzug des sächsischen Kontingents und der Major von Fink glug mit der Meldung hierupon in das Kaiserliche Hauptquartier nach Halle ab. Napoleon befohl demgemäß, alle Feindseligkeiten gegen das Land einzustellen, erkannte Sachsens Neutralität an, und erklärte sich zum Frieden bereit, wenn der König dem Rheinbunde beitreten würde. Ein kaiserliches Patent vom 24. Oktober beruhigte das noch immer in Angst schwebende Volk durch die Bekanntmachung, daß keine weiteren Feindseligkeiten zu befürchten seien. Zur Bekräftigung dieser Erklärung und zur allgemeinen Beruhigung des Volkes ließ der Marschall Bertier, um dem Lande den Eindruck neutralen Gebietes zu sichern, allenthalben Tafeln mit der Aufschrift errichten:

„Territoire de Saxe, pays neutre.“

Politische Tageschau.

Deutsches Reich.

Aue, 16. Oktober 1906.

Wohin führen die hohen Fleischpreise?

Die Köln. Ztg. fordert an leitender Stelle unter der Ueberschrift „Vorschlag zur Verringerung der Fleischnot“ die Regierung auf, die Oeffnung der Grenze und vornehmlich die Einfuhr gefrorenen Rind- und Hammelfleisches von Australien und Neuseeland zu gestatten. Der Vorwand, daß durch Oeffnung der Grenzen bei Einfuhr lebenden Viehes Viehsuchen eingeschleppt würden, könne ernstlich nicht mehr gelten. Die kontingentierte Schweine-Einfuhr in Oberschlesien beweis im kleinen, was im großen durchführbar sei, daß wir nämlich in unseren veterinär-polizeilichen Vorschriften ein vollkommen ausreichendes Vorbeugungsmittel gegen Seuchengefahr hatten. Den zweiten Einwurf gegen die Grenzöffnung, daß dadurch die Preise nicht fallen würden, widerlegte die wesentlichen niedrigeren Vieh- und Fleischnotierungen der auswärtigen Märkte. Das Blatt sagt, beides sei unterlassen worden aus Furcht vor dem ohrenbetäubenden Schrei der Agrarier. Unsere politischen Herren müßten dies zugetragen suchen. Die Regierung müsse sich entschließen, in der deutschen Bevölkerung die Fleischnot zu mildern damit das Volk von sehr tiefgreifenden, bis in die Schichten des Mittelstandes empfindlich fühlbar werdenden Schwierigkeiten der Ernährung und von politischer Verbitterung befreit werde, der aus dem Gefühl einer ungerechten, bisher durch keine Notrufe zu beseitigenden Bedrückung des Volkes, zu gunsten einer Berufsklasse zunehmend empworwachsene und nachgerade einen Grad und eine Verallgemeinerung erreicht habe, daß man dreist behaupten könne, daß die Sozialdemokratie vielleicht noch nie so üppig blühenden Weisen auf ihren Feldern gesehen habe, wie gegenwärtig. Die Einfuhr australischen Fleisches könne als Lockmittel für Australien gelten, dieses Land zu veranlassen, die von ihm eingeführte Zollbeschränkung zu gunsten deutscher Waren aufzuheben. Wenn ein Blatt wie die Köln. Ztg. sich in so scharfen Worten gegen die Fleischwucherer wendet, dann sollte das wahrhaftig an maßgebenden Stellen zu denken geben!

Der Kolonialmajor Fischer.

Der bekanntlich in die Affäre Toppelstich u. Co. verwickelt ist, wurde gestern, wie schon kurz gemeldet, aus der Untersuchungs-geschäft entlassen. Er hat sich bereits im Oberkommando der Schutztruppe gemeldet und begab sich sodann nach Groß-Lichterfeld, wo er seine Wohnung hat. Wie berichtet wird, hat sich danach kein Material ergeben, das zu einem strafrechtlichen Vorgehen gegen den Major, der die Firma Toppelstich u. Co. anpumpte, hinreichte. Der Untersuchungsrichter hat nicht die Auffassung gewinnen können, daß eine Vernehmung des Majors Fischer durch Herrn v. Toppelstich vorliegt, und daß Major Fischer durch Vernehmung veranlaßt sei. Herrn v. Toppelstich geschäftliche Vorteile zu verschaffen. Major Fischer wird aber seinen Dienst nicht mehr aufnehmen, da noch ein ehrengerichtliches Verfahren schwebt. Weiter schreibt uns zu dieser Affäre noch unser Berliner r-Mitarbeiter: Das ehrengerichtliche Verfahren ist darauf begründet, daß Fischer Dandlungen vorgenommen habe, die sich mit seiner Offiziersstelle nicht vereinigen lassen. Das Ehrengericht, das den Ausgang der Voruntersuchung erst abwarten mußte, wird wahrscheinlich auf schlichten Abschied